



Detailansicht des Registereintrags

Pro Bono Deutschland e.V. (PBD)

Aktuell seit 08.07.2026 18:53:25

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007350
Ersteintrag:	28.04.2025
Letzte Änderung:	08.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	04.03.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: c/o Mayer Brown LLP Neue Mainzer Str. 32-34 60311 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +496979410 E-Mail-Adressen: info@pro-bono-deutschland.org Webseiten: www.pro-bono-deutschland.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Peter Braun**
Funktion: Mitglied des Vorstands
2. **Dr. Thomas Flatten**
Funktion: Mitglied des Vorstands
3. **Dr. Malte Richter**
Funktion: Mitglied des Vorstands
4. **Dr. Nils Bremer**
Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Katja Josenhans M.A.**
2. **Dr. Peter Braun**

Gesamtzahl der Mitglieder:

47 Mitglieder am 01.01.2026, davon:

- 1 natürliche Person
- 46 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. European Pro Bono Initiative

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Pro Bono Deutschland e.V. ist ein Zusammenschluss von Anwaltskanzleien und Rechtsanwälten, die sich für die Förderung unentgeltlicher Rechtsberatung (Pro Bono-Rechtsberatung) engagieren. Ziel ist es, das Angebot von Pro Bono-Rechtsberatung für gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Organisationen und Einrichtungen sowie bedürftige Privatpersonen zu stärken. Somit setzt sich der Verein für die Verbreitung des Pro Bono-Gedankens und die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für diese Art von Rechtsberatung in Deutschland ein. Dies geschieht unter anderem durch Informationsbereitstellung, die Organisation von Veranstaltungen und Kooperationen mit Clearing-Stellen, die den Bedarf an Pro Bono-Rechtsberatung mit Anwältinnen und Anwälten zusammenbringen.

Pro Bono Deutschland e.V. beabsichtigt, den gezielten Dialog mit politischen Entscheidungsträgern und relevanten Institutionen aufzubauen, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Pro Bono-Rechtsberatung in Deutschland zu verbessern.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die anwaltliche Pro Bono-Tätigkeit

Beschreibung:

Ziel ist die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die anwaltliche Pro-Bono-Tätigkeit. Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sollen Einzelpersonen und gemeinwohlorientierte Organisationen im Rahmen ihres gesellschaftlichen Engagements unentgeltlich beraten sowie außergerichtlich und gerichtlich vertreten dürfen. Hierzu sollen die berufs- und vergütungsrechtlichen Regelungen entsprechend angepasst werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BRAO [alle RV hierzu]; RVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2607020024 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Versendet am 30.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2607020026 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Versendet am 30.06.2026 an:

Bundestag

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

80.001 bis 90.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

PBD-Geschaeftsjahr-31-12-2025.pdf